



ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

Dezember 2002

**TA`03:
Call for papers**

Privacy

**Anticancer-
Medikamente**

**Wirtschaft entdeckt
Nachhaltigkeit**

Transdisciplinarity

N

E

W

S LETTER

Inhalt

Editorial 1

ITA-Projekte

| | |
|---|---|
| Ankündigung der ITA-Jahrestagung 2003 und Call for papers | |
| TA-Konferenz 03: Wozu Experten? | |
| Wissenschaftliche Expertise zwischen politischen Ansprüchen und öffentlicher Skepsis | 2 |
| Privacy – ein Konferenzbericht | 3 |
| Empfehlungen zum Schutz der Privatsphäre bei der Internetnutzung | 5 |
| Forschungsergebnisse und Newsservice zu elektronischen Dienstleistungen..... | 7 |
| Neues von der ITA-Homepage | 7 |

TA-aktuell

| | |
|---|----|
| Rationierung wegen Ressourcenmangels? Empirie versus Rhetorik: Mehr Geld führt nicht zwangsläufig zu mehr Gesundheit..... | 8 |
| Neue „Anticancer“-Medikamente Wenig Vorteile gegen hohe Mehrkosten | 9 |
| BRD: Der Koordinierungsausschuss Zentrales Steuerungsgremium im deutschen Gesundheitswesen | 10 |
| Wer wird Nachhaltigkeit gestalten? | 11 |
| Transdisciplinarity-Net..... | 12 |
| EPTA-Jahrestagung: Mobilität und neue Technologien..... | 12 |

Neueste Publikationen des ITA 14

Veranstaltungen des ITA 18

Kontakt 22

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Zwei unmittelbar aufeinander folgende Zeitungsmeldungen haben vor kurzem aufhorchen lassen: Gemäß der ersten wurde eine verstärkte Videoüberwachung der Wiener Straßen und Plätze gefordert, wie es in London „state of the art“ wäre, wo mehrere zehntausend Überwachungsgeräte jeden Schritt der Bürger aufzeichnen. Gemäß der zweiten möchte eine politische Partei versuchen, den Absender eines missliebigen Briefes zu eruieren, indem über den Poststempel das Aufgabeamt, und über dessen Videoüberwachungs-Aufzeichnungen der Aufgeber dieses Briefes identifiziert werden sollte. Man stelle sich vor: Jeder Staatsbürger, der an diesem Tag das Postamt betreten hat, gälte damit als potentiell verdächtig und würde daraufhin überprüft, ob es denkbar wäre, dass er etwas gegen die betreffende Partei hätte.

Selbst wenn die zweite Meldung bloß ein Wunsch sein sollte, der nicht realisiert wird, zeigen beide Artikel, dass die Achtung der Privatsphäre des Menschen offenbar rasant schwindet, und selbst jedes Gefühl für die Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Ertrag verlorengegangen zu sein scheint: Es geht ja nicht bloß um die Anschaffungs-, Montage- und Betriebskosten der Videogeräte, hunderte Beamte müssten die Aufzeichnungen auf Monitoren laufend beobachten bzw. auswerten. Gerade die amerikanischen Erfahrungen sollten die Schwächen ungezielt-breitflächiger Überwachung aufgezeigt haben: Die Attentäter vom 11. September wurden vielfach von Videokameras aufgezeichnet, selbst bei ihrem letzten Einchecken am Flughafen. Die Angst alter Damen vor Handtaschenräubern würde durch lückenlose Videoüberwachung bloß scheinbar gestillt. In Zeiten, in denen Sozialleistungen, Kultur- und Forschungsausgaben nur mühsam finanziert werden können, scheinen umfangreiche Mittel für wenig wirksame Überwachungssysteme mit bedenklichen Nebenwirkungen schwer vertretbar.

Angesichts der Wichtigkeit dieses Themas wurde eine breite öffentliche Diskussion angeregt. Das Institut für Technikfolgen-Abschätzung sieht die Bedeutung dieser Frage seit langem, und machte den Schutz der Privatsphäre schon vor drei Jahren zu einem Forschungsschwerpunkt;

es hat einige Studien ausgearbeitet, die als Unterlage für eine umfassende Diskussion des Schutzes der Privatsphäre dienen können: Erste Ergebnisse – mit einem Schwerpunkt auf den neuen elektronisch-technischen Möglichkeiten – hat das Institut im Frühjahr 2001 auf der Tagung der österreichischen Juristenkommission vorgestellt. Seither wurden zwei weitere Arbeiten abgeschlossen, die sich primär mit der Verletzung der Privatsphäre durch die staatliche und kommerzielle Sammlung von Daten der Bürger beschäftigen. Zuletzt versuchte das Institut das öffentliche Interesse an der wichtigen Frage des Schutzes der Privatsphäre durch eine internationale Konferenz zu

stimulieren; einen Bericht über diese Konferenz finden Sie in diesem Heft. Die Konferenzbeiträge können darüber hinaus – ebenso wie die erwähnten Arbeiten des Instituts über den Schutz der Privatsphäre – über unsere Homepage abgerufen werden. Das Institut plant diesen wichtigen Forschungsschwerpunkt weiterzuführen bzw. auszuweiten, sofern es dafür die entsprechende Finanzierung auftreiben kann.

Viel Lesespaß auch bei den anderen Beiträgen wünscht Ihnen

Gunther Tichy

Ankündigung der ITA-Jahrestagung 2003 und Call for papers

TA-Konferenz 03: Wozu Experten?

Wissenschaftliche Expertise zwischen politischen Ansprüchen und öffentlicher Skepsis

Privatsphäre – ein Sicherheitsrisiko?

Erneuerbare Energien – wirklich eine Zukunftsoption?

Embryonenforschung – ja oder nein oder doch lieber jein?

So unterschiedlich die Antworten der Politik auf Fragen dieser Art ausfallen, der Weg zum Lösungsvorschlag ist meist derselbe: Man befragt ExpertInnen – oder man versucht gar, die Entscheidung auf sie abzuschieben. Die Folge ist eine Inflation von ExpertInnengremien, Gutachten und Empfehlungen haben Hochkonjunktur.

Aller modernen Wissenschaftsskepsis zum Trotz ist wissenschaftliche Expertise also nach wie vor erste Wahl in der Politik, wenn es um riskante und kontroverse Entscheidungen geht – wobei im Einzelfall Uneinigkeit darüber bestehen mag, was überhaupt als relevante Expertise gelten soll. Die Politik greift auf ExpertInnenwissen in vielfältiger Form zurück, nicht zuletzt auf die „institutionalisierte Expertise“ der TA. In welcher Form auch immer – der rasanten Bedeutungszuwachs wissenschaftlicher Politikberatung wirft Fragen nach deren Funktion, Autorität und Legitimation auf.

In der öffentlichen Debatte sind Expertisen nicht zuletzt aufgrund ihrer Widersprüche und Unsicherheiten zum Politikum geworden. Zuweilen als Gegenbewegung zu einer drohenden „Expertokratie“ interpretiert, haben sich Partizipationsansprüche und -verfahren neben der klassischen Beratung durch Fachleute etabliert. BürgerInnenforen, Konsensuskonferenzen oder Planungszellen sind Methoden, um bei kontroversen Themen auch dem Wissen und den Einschätzungen von „NormalbürgerInnen“ (als „ExpertInnen für den jeweiligen Lebenszusammenhang“) Raum zu geben. Auch wenn sie sich in einigen Fragen – z. B. bei der Umweltverträglichkeitsprüfung – einen festen Platz erobert haben: Der politische Stellenwert von partizipativen Verfahren ist oft unklar, ihre Geltung im Durch- und Gegeneinander der Expertisen unbestimmt. Mit der Etablierung partizipativer Verfahren sind die Fragen nach politischer Bedeutung, kognitiver Autorität und Legitimation nicht hinfällig geworden.

Konkurrierende Erwartungen in Öffentlichkeit und Politik, die Geltungskrise von Expertisen und die Manifestation bzw. Anerkennung von Nichtwissen erfordern von der wissenschaftlichen Politikberatung ein hohes Maß an Selbst-

reflexion. Für die TA erwächst daraus die Notwendigkeit und Chance, ihre Ziele und Zukunftsperspektiven im Spannungsfeld von Demokratisierungsgeboten und Professionalisierungszwängen neu auszuloten. Das Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften stellt diese Problematik in den Mittelpunkt seiner Jahrestagung 2003. Zur Diskussion stehen sowohl die politische Funktion, die öffentliche Reflexion als auch das professionelle Selbstverständnis wissenschaftlicher Politikberatung, nicht zuletzt der TA. Aus dem Beziehungsgeflecht von Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft ergeben sich grundlegende Fragen:

- Was bedeuten Nichtwissen, Dissens zwischen den ExpertInnen und eine oft skeptische Öffentlichkeit für die Rationalität politischer Entscheidungen? Welche Konsequenzen resultieren daraus für die Funktion und Bedeutung der Politikberatung?
- Welche Öffentlichkeit kann woran partizipieren? In welchen Kontexten spielen Betei-

ligungsmodelle eine Rolle und welche neuen Konflikte ergeben sich dadurch?

- Welche Faktoren machen Wissen zur Expertise? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Expertise und nichtwissenschaftlichen Rationalitäten?
- Unter welchen Bedingungen werden Expertisen politisch wirksam? Und welche Konsequenzen hat die Nähe zur Politik für die Wissenschaft selbst, nicht zuletzt im Bild der Öffentlichkeit?

Das ITA lädt ein, problemorientierte **Kurzfassungen** von Vorträgen zum Thema der Tagung in der Länge von etwa 400 Wörtern **bis zum 28. Februar 2003 einzureichen**.

Ein oder zwei Arbeitssitzungen werden sich auch mit aktuellen Themen der TA beschäftigen, die nicht in den engeren Bereich des Tagungsthemas fallen. Auch dazu können Kurzfassungen eingereicht werden, sofern sie über neue Forschungsergebnisse berichten.

(Alexander Bogner)

Privacy – ein Konferenzbericht

Die Welt hat sich nach den Attentaten des 11. September des Vorjahres verändert – sehr zum Negativen, wie viele besorgte WissenschaftlerInnen und BürgerrechtsaktivistInnen meinen. Unter dem Titel „Privacy – ein Grundrecht mit Ablaufdatum?“ fand am Montag, dem 11.11.2002, eine Konferenz in der Akademie der Wissenschaften statt. Ziel der Diskussionen mit internationalen ExpertInnen war es, einerseits die Veränderungen zu analysieren, andererseits auch darzustellen, warum und wie das Grundrecht auf Privatheit geschützt werden soll.

Die vom ITA veranstaltete Tagung spannte einen breiten interdisziplinären Bogen über das Thema. Zu Beginn stand ein Referat der Wiener Philosophin Herlinde Pauer-Studer, die über das Thema „Privatheit als ambivalenter, aber unverzichtbarer Wert“ referierte. Ihre zentrale These war, dass ausgehend von den grundlegenden Werten Freiheit und Gerechtigkeit in liberalen Gesellschaften das autonome Leben als „gutes Leben“ definiert wird.

Jede(r) möge ihr (sein) Leben nach eigenem Gutdünken gestalten. Einschränkungen dieser Freiheit seien nur bei Beeinträchtigung anderer erlaubt. Um freie Entscheidungen über das zu führende Leben tatsächlich treffen zu können, benötige jedes Individuum einen Bereich, der der Einmischung durch andere Personen oder Institutionen entzogen ist. Dieser zentrale Wert des Privaten hat auch in der Rechtsgeschichte seinen Ausdruck gefunden. Der Verfassungsrechtler Ewald Wiederin von der Universität Salzburg brachte in seinem Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des grundrechtlichen Schutzes der Privatsphäre sehr deutlich zum Ausdruck, wie sich dieser zuerst im Hausrecht und im Briefgeheimnis realisierte und erst später die Privatsphäre als solche umfasste. Im Laufe des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Vorstellung von einer Intimsphäre als Wert; gleichzeitig brachten neue technische Entwicklungen wie die Photographie und später auch die Tonaufzeichnung spezifische Eingriffsmöglichkeiten mit sich. Bezeichnenderweise wurde deshalb ursprünglich weniger der Staat als vielmehr die Medien als Bedrohung empfunden.

Im 20. Jahrhundert verschieben sich dann die Gewichte: Neben dem Postgeheimnis, das da und dort zum Briefgeheimnis hinzutritt, finden im Gefolge der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Privatleben und das Familienleben vermehrt in die Grundrechtskataloge Eingang.

Die Ursprünge der „Privacy-Diskussion“ in den USA beruhen auf einem Eingriff in die Privatsphäre durch die Veröffentlichung von Bildern. Andreas Heldrich von der Ludwig-Maximilians Universität München analysierte die privatrechtlichen Aspekte der Privatheit. „Die Persönlichkeitsrechte als Wirtschaftsgut: die Vermarktung von Presseerzeugnissen im Konflikt mit der Vermarktung der Ich-AG“ lautete der Titel seines Vortrages. Darin wurde deutlich, dass die Ehre bzw. deren Verletzung durch Bilder oder Artikel in Presseerzeugnissen ursprünglich nicht durch Geld aufgewogen werden konnte. Anhand von Beispielen aus der Spruchpraxis deutscher Gerichte konnte Heldrich zeigen, wie sich dieses Verhältnis im Laufe der Zeit umgekehrt hat und nun durch zunehmende Kommerzialisierung geprägt ist.

Der Soziologe David Lyon von der Queens University in Kanada betrachtete die Folgen der Überwachung unter dem Aspekt der sozialen Segmentierung. Er verwies auf die umfangreichen Überwachungsaktivitäten vor und insbesondere nach dem 11.9.2001, der eine wesentliche Verbreitung von Überwachung im staatlichen, wie auch privat organisierten Bereich brachte. Nach Lyon sei jedoch nicht nur die Beeinträchtigung der Privatsphäre ein wesentlicher Aspekt der Überwachung, vielmehr ginge es zunehmend um soziale Exklusion, um das Verweigern von Zutrittsrechten und oder Dienstleistungen aufgrund festgestellter, beobachteter bzw. aus Datenbeständen errechneter „devianter“ Merkmale.

Im internationalen Kontext spielen unterschiedliche Regime des Daten- und Privatheitsschutzes auf mehreren Ebenen eine wesentliche Rolle. Colin Bennett von der University of Victoria, Kanada zeigte auf, dass es unterschiedliche Arenen der Privacy-Protection gibt und dass insbesondere die EU-Richtlinie nicht nur innerhalb der EU, sondern auch für deren Partner außerhalb weit reichende Folgen hatte. Die internationalen Entwicklungen seien keineswegs eindimensional. Er machte deutlich, dass es im Zuge der Globalisierung nicht notwendigerweise zu einem „race to the bot-

tom“ kommen müsse, die Datenschutzstandards also nicht zwingendermaßen einer Nivellierung nach unten ausgesetzt sein müssten. Gegenteilige Bewegungen, wie etwa dass aktiver Datenschutz auch ein Wettbewerbsvorteil für Unternehmen sein kann, hob auch Thilo Weichert vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein in seinem Beitrag zu „Datenschutz als Verbraucherschutz – Anforderungen und Haltungen der Nutzenden“ hervor. Anerkannte Gütezeichen und starke, bewusste KonsumentInnen könnten einen Qualitätswettbewerb in Richtung höherer Datenschutzstandards initiieren. In seiner sehr optimistischen Sichtweise sah Weichert sogar das „goldene Zeitalter des Datenschutzes“ auf uns zukommen.

John Borking, von der Niederländischen Datenschutz Behörde wiederum stellte die technischen Möglichkeiten von sogenannten Privacy Enhancing Technologies (PETs), also technischer Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Zentrales Element in seinem Ansatz ist ein sogenannter „Identity Protector“, eine in Software gegossene Einrichtung, die es dem User/der Userin erlaubt, unterschiedliche Identitäten bei Netzaktivitäten einzunehmen und vor allem zu spezifizieren, welcher Kommunikationspartner, welche Datenbank mit welcher konfrontiert werden soll.

Walter Peissl vom ITA schließlich verdeutlichte das Spannungsfeld von technischer Entwicklung, wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen derzeit die internationale und auch nationale Diskussion zur Wahrung der Privatsphäre abläuft. Als Befund für Österreich zeichnete er ein eher pessimistisches Bild. Sowohl in der Bevölkerung, als auch im Bereich der politisch-administrativen Entscheidungsträger sei das Bewusstsein um die Wichtigkeit des Schutzes der Privatsphäre nur sehr gering ausgeprägt. Bei aller Notwendigkeit, die NutzerInnen zu schulen und zu selbständigen, bewussten NutzerInnen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zu machen, bleibe aber eine starke Regulierung unabdingbar. Zur Umsetzung sei ein mehrdimensionaler Ansatz notwendig, der bestehende Schutzrechte ausbauen und realisieren hilft, die bewusste Nutzung fördert und vor allem auch technische Realisierungen von PETs bereits auf Systemgestaltungsebene vorantreibt.

Zum Abschluss der Tagung fand eine teilweise sehr lebhaft geführte Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der offiziellen Datenschutzpolitik, NutzervertreterInnen und VertreterInnen der Internet-serviceprovider sowie anderer NGOs aus dem Bereich statt. Vor allem das Spannungsverhältnis von europäischem Rahmen und nationalen Gestaltungsspielräumen sowie

die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die europäische Politik wurden kontrovers diskutiert.

Die Konferenzbeiträge sind auf der ITA-Homepage dokumentiert und stehen zum Download bereit (<http://www.oeaw.ac.at/ita/privconf/>).

(Walter Peissl)

Empfehlungen zum Schutz der Privatsphäre bei der Internetnutzung

In der im Auftrag der AK Wien durchgeführten Studie „Datenvermeidung in der Praxis – Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung“ wurden die Bereiche Internetnutzung, Data Mining und Bürgerkarte analysiert. Konkret wurde gefragt, was die einzelnen KonsumentInnen tun können, wo die Grenzen individueller Schutzmaßnahmen liegen und wo darüber hinaus die Technik, Interessenvertretungen und der Gesetzgeber gefordert sind, den Datenschutz auf tragfähige Säulen zu stellen. Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen für den Bereich private Internetnutzung zusammengefasst.

Die stetig ansteigende Zahl an NutzerInnen und die Entwicklung von neuen Diensten und Anwendungen, die in immer mehr Lebensbereiche hineinreichen, hat das Internet zu einem zentralen Instrument für Datensammler werden lassen. Dementsprechend hoch wird auch der Beitrag eingeschätzt, den eine vorsichtige und bewusste Nutzung zur Wahrung der Privatsphäre leisten kann. Die detaillierte Analyse einer Reihe von empfohlenen Maßnahmen zeigt aber, dass dies nur in dem Ausmaß gelingen kann, in dem sich das Fundament des Datenschutzes auch im Internet als hinreichend stabil erweist.

Der Unterbau, auf dem das Grundrecht auf Privatsphäre ruht, sind durch den Staat vorgegebene gesetzliche Normen, freiwillige Selbstbeschränkungen der Industrie und technische Vorkehrungen zur Datensparsamkeit und gegen missbräuchliche Datensammlung bei den Anbietern und den NutzerInnen von Informa-

tionstechnologien. Jede dieser Säulen ist notwendig, keine für sich allein ausreichend, um das Grundrecht auf Privatsphäre auch im Informationszeitalter absichern zu können. Was für verantwortliche, sich der Risiken bewusste KonsumentInnen gilt, ist für sorglose NutzerInnen umso wichtiger. Niemand kann und soll gezwungen werden, aus seinem Privatleben ein gut gehütetes Geheimnis zu machen, ebenso wenig darf aber Unkenntnis oder Sorglosigkeit automatisch mit einem Verlust von Grundrechten verbunden sein.

Innerhalb der Wechselwirkungen zwischen dem Recht auf Privatsphäre jedes Einzelnen und den Säulen, auf denen es ruht, spielen die bewussten NutzerInnen eine zentrale Rolle. Dadurch, dass sie ihre Rechte wahrnehmen, tragen sie auch zur Stärkung von deren Basis bei. Indem sie auf ihre Rechte pochen, stärken sie sie; indem sie die Datenschutzpolitik der Anbieter bei ihren Konsumentenscheidungen berücksichtigen, erhöhen sie die Bereitschaft zu datenschutzfreundlichen Selbstregulierungen; indem sie Privacy Enhancing Technologies für sich anwenden, fördern sie auch deren Weiterentwicklung und Verbreitung im Allgemeinen. Die Aufklärung und Schaffung von datenschutzbewussten KonsumentInnen ist daher ein wesentliches Element einer umfassenden Strategie zur Wahrung des Grundrechts auf Privatsphäre.

Bei den einzelnen Säulen eines effektiven Schutzes der Privatsphäre ist ein uneinheitliches Bild zu erkennen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die im Wesentlichen durch EU-Richtlinien vorgegeben sind, können (noch) als vorbildhaft gelten. In der Praxis erweisen sie sich aber als angreifbares und wenig wirk-

sames Recht. Einerseits werden die intendierten Schutzniveaus durch Bestrebungen von Ermittlungsbehörden ausgehöhlt, die sich von einem erleichterten Zugang zu Telekommunikationsdaten bessere Aufklärungs- und Präventionsmöglichkeiten erhoffen; Bestrebungen, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wesentlich an Gewicht und politischer Durchsetzbarkeit gewonnen haben. Andererseits sind gravierende Defizite bei der Transformation des durch die EU-Richtlinien angestrebten Schutzniveaus und dessen Durchsetzung durch nationale Gesetze zu beobachten.

Die zentralen Forderungen im Bereich gesetzliche Normen betreffen einerseits Reformen zur personellen und institutionellen Stärkung der Datenschutzbehörden und zur Erweiterung ihrer Kompetenzen sowie die Erleichterung des Zugangs zum Recht für die KonsumentInnen, andererseits eine sorgfältige Abwägung und äußerste Zurückhaltung bei Maßnahmen, die Grundrechte einschränken oder beeinträchtigen können. Bloß vermeintliche Zugewinne an Sicherheit oder kommerzielle Interessen sind dafür nicht ausreichend.

Im Bereich der Selbstregulierung sind zwar positive Ansätze zu beobachten, insgesamt ist die Situation aber äußerst unbefriedigend. Für die KonsumentInnen ist es oft mühsam oder gar unmöglich, in Erfahrung zu bringen, welche Daten gesammelt und für welche Zwecke sie verwendet werden. Selbst wenn Gütesiegel verwendet werden, lässt dies kaum Rückschlüsse auf die konkrete Datenschutzpolitik zu. Aber auch den Unternehmen fällt es nicht leicht, ein vorbildliches Verhalten ihren KundInnen zu vermitteln und als Wettbewerbsvorteil nutzen zu können.

Die in diesem Bereich vorhandenen positiven Ansätze sind zu stärken und zu erweitern. Dazu gehört etwa eine forcierte Verankerung des österreichischen e-Commerce-Gütesiegels auf EU-Ebene und die Integration zusätzlicher Aspekte – etwa maschinenlesbare Datenschutzpolitiken gemäß P3P oder der Verzicht auf die Datengewinnung durch Cookies – um es auch als Datenschutzsiegel etablieren zu können.

Im Bereich Datenschutz durch Technik sind zwar die grundsätzlichen technischen Probleme gelöst, für die durchschnittliche NutzerInnen hat dies bislang aber kaum Auswirkungen gehabt. Viele Anwendungen sind von ExpertenInnen für ExpertenInnen geschrieben worden. Ihr Einsatz erfordert fundierte Computerkenntnisse. Andere Produkte sind in der Entwicklung stehen geblieben, für neuere Betriebssysteme sind sie nicht mehr verfügbar. Manche am Internet angebotenen Dienste machen das Surfen quälend langsam, andere haben nach den Ereignissen des letzten September ihre Dienste quittiert. Selbst wenn für bestimmte Aufgaben genügend Anbieter oder Produkte vorhanden sind, ist es für den durchschnittlichen Nutzer oft unmöglich, deren Vertrauenswürdigkeit oder Wirksamkeit zu beurteilen.

Um den Datenschutz durch Technik realisieren zu können, sind zwei Maßnahmenbündel notwendig. Einerseits muss den KonsumentInnen der Zugang zu diesen Technologien erleichtert werden, indem sie sich etwa an eine vertrauenswürdige Stelle bspw. einen Datenschutz-Ombudsmann wenden können, um aktuelle und akkurate Hilfestellungen zu erhalten. Andererseits muss die Datensparsamkeit an der Quelle, d. h. bei den Betreibern von Internetdiensten durch Technikeinsatz gefördert und gefordert werden.

Eine wesentliche übergreifende Maßnahme ist die Bewusstseins-schaffung. Dafür muss ein Datenschutzombudsmann geschaffen werden. Als international vernetzte und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete Einrichtung hat dieser den KonsumentInnen mit Rat und Tat zu Hilfe zu stehen. Weiters sind an geeigneter Stelle – etwa Rechnungen von Telekom- und Internet Providern – Warnhinweise gemäß dem Muster „Das Internet kann ihre Privatsphäre gefährden“ zu platzieren, die den KonsumentInnen die Gefahren bewusst machen und ihnen zugleich den Zugang zum Ombudsmann und zu weiteren Informationen ermöglichen.

Die Studie ist auf unserer Homepage verfügbar: <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/d2-2a29.pdf>.

(Johann Čas)

Forschungsergebnisse und Newsservice zu elektronischen Dienstleistungen

Das Projekt PRISMA (Providing Innovative Service Models and Assessment) befasst sich mit elektronischen Dienstleistungen in mehreren Sparten. Mit Eintritt in das letzte Projekthalbjahr ist über die eingerichtete Website nicht nur eine wachsende Zahl von Forschungsergebnissen zugänglich, sondern wird auch ein elektronischer Newsdienst angeboten.

Der Trend zu einem immer umfangreicheren und weiter entwickelten elektronischen Dienstleistungsangebot ist gleichermaßen im Bereich des privaten wie des öffentlichen Sektors europaweit zu beobachten. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt PRISMA untersucht Entwicklungstrends, Gestaltungsfragen, Auswirkungen und Zukunftsszenarien in mehreren, für breite Bevölkerungsschichten wichtigen Sparten. Diese umfassen zum einen elektronische Dienste im Bereich der Verwaltung bzw. des e-Government, darüber hinaus in den Bereichen Gesundheit, für Personen mit spezifischen Bedürfnissen (ältere Menschen, Behinderte), Umwelt, Verkehr und Tourismus.

Die integrative Perspektive bzw. Breite an berücksichtigten Anwendungsfeldern und die dabei jeweils behandelte Palette an Querschnittsthemen machen einen besonderen Reiz dieses EU-Projekts aus. Die Querschnittsthemen reichen von Gestaltungsaspekten wie Nutzerorientierung, Zugangswege (multi-channel delivery), allgemeiner Zugang (soziale Inklusion),

Organisation, Technik, Standardisierung, Sicherheit, Schutz der Privatsphäre, Datenschutz, Qualifikationsbedarf, Finanzierung, bis hin zu Aspekten wie Governance und regionaler Entwicklung.

Das bisherige Informationsangebot der PRISMA-Website bietet zu jedem der untersuchten Dienstleistungsfelder zum einen einige umfangreiche Forschungsberichte, zum anderen auch kürzere Auszüge und Papers. Sie behandeln Themen wie:

- Europaweite Entwicklungstrends von elektronischen Dienstleistungen;
- Good Practice-Beispiele;
- Auswirkungen auf Dienstleistungsnutzer, -anbieter und die Gesellschaft;
- Zukunftsvisionen und -szenarien;
- sowie Gestaltungs- und politischen Handlungsbedarf.

Zu jedem der untersuchten Dienstleistungsfelder, von Verwaltung bis zu Tourismus, wird das internationale Projektteam unter Beteiligung des ITA im Laufe der nächsten vier Monate weitere, komprimierter gefasste Publikationen bereitstellen. Für alle Interessierten ist auch ein elektronischer Newsdienst mit Kurzinformationen zugänglich. Die Anmeldung ist über die von britischen PRISMA-Partnern betreute Website möglich, und zwar an folgender Adresse: <http://www.prisma-eu.net/prisma2002/pages/email.htm>.

(Georg Aichholzer)

Neues von der ITA-Homepage

In den letzten Monaten wurden wiederum einige Verbesserungen an der ITA-Homepage mit dem Ziel vorgenommen, den BesucherInnen ein möglichst umfassendes Angebot möglichst gut strukturiert anzubieten.

Folgende Neuerungen sind besonders hervorzuheben:

(1) *Terminkalender:* Das ITA veranstaltet vermehrt öffentlich zugängliche Seminare, Vorträge und Konferenzen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, gibt es nun einen eigenen Bereich „Termine“, der direkt über die Startseite erreichbar ist. Dort finden sich Links zu den aktuellen, monatlichen Vortragsveranstaltungen zu verschiedenen Themen der Technikfolgen-Abschätzung und des Bereichs Health

Technology Assessment (HTA). Darüber hinaus sind auf diesem Pfad auch die Proceedings vergangener Konferenzen wie der jüngst abgehaltenen Privacy-Tagung oder die Dokumentationen der ITA-Beteiligungen im Rahmen der ScienceWeek@Austria abrufbar.

(2) *Projektsuche*: Die Suche in unserer umfassenden Publikationsdatenbank war schon seit längerem über ein eigenes Webformular möglich. Nunmehr gibt es eine ähnlich gestaltete Suchmaske auch für die mittlerweile über 100 ITA-Projekte. Gesucht werden kann nach Stichworten im Projekttitel, nach beteiligten MitarbeiterInnen des Instituts, nach Themenbereichen sowie nach Laufzeiten (oder einer beliebigen Kombination dieser Suchkriterien).

(3) *Index für den HTA-Newsletter*: Der seit über einem Jahr erscheinende spezielle Newsletter für die österreichische HTA/EBM-Community enthält eine Vielzahl interessanter Kurzbeiträge zu untersuchten medizinischen Technologien und Verfahren. Auf vielfachen Wunsch wurde nun ein alphabetisches Stichwortregister erstellt, das direkten Zugriff auf die entsprechenden Beiträge ermöglicht.

(4) *Presseseiten*: Für JournalistInnen wurde eine eigene spezielle Einstiegsseite geschaffen, auf der sich nicht nur ein Archiv unserer Pressaussendungen findet, sondern auch ein spe-

zielles Menü, das direkten Zugriff auf die von den Medien besonders häufig nachgefragten Seiten der ITA-Homepage ermöglicht. Ebenfalls neu ist die ausführliche Liste von TA-Themen und jeweiligen Ansprechpersonen am ITA.

(5) *Volltextarchiv*: Mittlerweile sind praktisch alle jüngeren ITA-Berichte im Volltext online abrufbar (im PDF-Format). Darüber hinaus finden sich auf der ITA-Homepage in vielen Fällen Präsentationen und Vortragsmanuskripte von MitarbeiterInnen. Ein „Klick“ auf den entsprechenden Link in der Ergebnisliste nach einer Literatursuche genügt zum Gratis-Download. Der nach wie vor angebotene (kostenpflichtige) Bestellservice für Papierversionen wird dementsprechend immer seltener in Anspruch genommen.

Die ITA-Homepage ist in den letzten Jahren auf über 100 MB und über 750 Dateien (ohne Skripts und Datenbanken) angewachsen. Gemeinsam mit mehreren Link-Sammlungen (zu TA allgemein, zu HTA/EBM, zu Privacy, zu Cyber-Wissenschaft usw.) stellt sie ein wertvolles Portal zu TA-Themen in Österreich und weltweit dar.

Besuchen Sie das ITA im Internet unter:

<http://www.oeaw.ac.at/ita/>.

(Michael Nentwich)

Rationierung wegen Ressourcenmangels?

Empirie versus Rhetorik: Mehr Geld führt nicht zwangsläufig zu mehr Gesundheit

Wird Rationierung als ein „Vorenthalten von wirksamen, d. h. gesundheitsfördernden medizinischen Leistungen“ definiert, dann ist nach der empirischen Basis für einen Zusammenhang zwischen *zusätzlichen* finanziellen und personellen Ressourcen und mehr Gesundheit, effektiveren Leistungen und mehr Qualität zu fragen. Die Diskussion zur Rationierung im Gesundheitswesen ist interessensgeleitet und unwissenschaftlich, das „Gespenst der Rationierung in reichen Ländern – ein Gespenst eben“, so die Aussage eines Symposiumbeitrages von M. Narath.

Das Symposium „Die (Miss)Wirtschaft mit der Gesundheit – eine Notwendigkeit?“ des SMZ Liebenau/Stmk. im Oktober 2001 hatte das Thema der Rationierung im Gesundheitswesen zum Inhalt. Der Beitrag von M. Narath widmete sich den verfügbaren Fakten, der Evidenz, in der Rationierungsdiskussion und kommt zu dem Schluss, dass man der Diskussion mit Gelassenheit begegnen sollte, da sie durch Mangel an Rationalität gekennzeichnet ist.

Narath stellt fünf Thesen auf und untermauert diese mit Hinweisen aus zahlreichen Literaturquellen:

1. Die Qualität der Diskussion ist unwissenschaftlich und von Interessen geleitet: Fallbeispiele, punktuelle Ereignisse und Behauptungen kennzeichnen die Diskussion, sie werden ohne den Kontext der Systemgestaltung, der Organisation und der Art der Refundierung vorgebracht.
 2. Der Zusammenhang von mehr Geld/mehr Leistungen und weniger Rationierung ist nicht belegt: Vergleiche wie höhere Ärztedichte, oder mehr Ausgaben pro Altersgruppe etc. lassen keine Aussagen zu mehr Gesundheit in der Bevölkerung zu. Jene Regionen innerhalb eines Gesundheitssystems, in denen mehr Geld ausgegeben wird, erhalten nicht unbedingt mehr effektivere Leistungen.
 3. „Geographisches Schicksal“ kennzeichnet die Erbringung vieler medizinischer Leistungen. Die Variabilität der Praxisstile in der Medizin ist enorm. Die medizinischen Ergebnisse sind trotzdem oft ähnlich.
 4. Die Organisation und die Einkommen der Dienstleister sind für Ressourcenplanung wichtiger als einzelne Leistungen: Die Organisation der Erbringung von Leistungen und deren Tarifierung bestimmen den Ressourcenverbrauch wesentlich.
 5. Ein Mehr an Gesundheitsleistungen muss nicht besser sein: Die ständige Expansion des Gesundheitswesens kann auch unerwünschte Nebenwirkungen haben, wie immer mehr Diagnosen, die ohne Therapien bleiben, Interventionen ohne erwiesenen Nutzen etc.
- Mehr Geld für das Gesundheitssystem führt also nicht zwangsläufig zu mehr Gesundheit!
- M. Narath 2002: Das Gespenst der Rationierung – ein Gespenst eben,
http://www.ocaw.ac.at/ita/hta/Narath_02_rationierung.pdf.
 (Claudia Wild)

Neue „Anticancer“-Medikamente

Wenig Vorteile gegen hohe Mehrkosten

Zahlreiche von der EMEA in jüngsten Jahren zugelassene „Anticancer“ Medikamente bringen wenige oder keine Vorteile gegenüber herkömmlichen Präparaten, bei vielfachen Mehrkosten, so eine rezente Publikation in der renommierten Fachzeitschrift BMJ/British Medical Journal. Die Publikation löste große Aufmerksamkeit und zahlreiche Reaktionen aus. Einige Medikamente wurden in entsprechenden Assessments bereits evaluiert und kommen zu denselben Schlüssen.

Die Autoren des Artikels zu „Efficacy, safety, and cost of new anticancer drugs“ (BMJ: 2002) – zwei italienische Pharmakologen, recherchierten zu 12 Krebsmedikamenten, die zwischen 1995–2000 von der EMEA für den Europäischen Markt zugelassen wurden. Ihre Analyse basiert auf den Dokumenten der EMEA sowie eigenen Kostenvergleichen mit den Referenzpräparaten.

Die Zulassung dieser, aber auch anderer Medikamente, basiert meist auf sog. Phase II Studien, d. h. nicht großen Versuchsanordnungen, sondern kleinen klinischen Studien mit wenigen Patienten und kurzen Beobachtungszeiten. Selten wird ein neues Medikament mit einem herkömmlichen, bereits am Markt eingeführten Referenzpräparat verglichen. Auch werden die neuen Medikamente selten an „harten“ Ergebnis-Parametern wie Steigerung der Lebenszeit oder Lebensqualität gemessen. Die Strategie ist, die Zulassung für „2nd oder 3rd line Therapien“ (also nicht Therapien 1. Wahl) für sehr seltene Karzinome anzustreben und dann nach Zulassung den Markt zu erweitern. Neue und innovative Medikamente für häufige Krebsarten wie Kolon-, Prostata-, Pankreas etc. Karzinome sind rar.

Die von den italienischen Pharmakologen untersuchten 12 neuen Krebsmedikamente zeichneten sich alle nicht durch bessere Effektivität, nur selten durch geringere Toxizität, geringere Nebenwirkungen oder andere Vorteile aus. „None of the 12 drugs offers any significant

improvement in activity“. Alle neuen Medikamente sind um ein Vielfaches teurer. Die Reaktionen auf diesen Artikel waren erwartungsgemäß zahlreich und heftig.

Garattini, S/Bertele, V. 2002: Efficacy, safety, and cost of new anticancer drugs. *BMJ*, 325,269-71 <http://bmj.com/cgi/content/full/325/7358/269>.

Reaktionen: <http://bmj.com/cgi/eletters/325/7358/269>.

(Claudia Wild)

BRD: Der Koordinierungsausschuss

Zentrales Steuerungsgremium im deutschen Gesundheitswesen

Im Zuge des deutschen GKV-Reformgesetzes 2000 wurde im September 2001 mit dem „Koordinierungsausschuss“ (KoA) in Siegburg das zentrale Steuerungsorgan der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland eingerichtet. Die Arbeit des KoA zielt darauf ab, die für Deutschland typische Trennung zwischen dem ambulanten und stationären Sektor zu überwinden und damit eine sektorenübergreifende „Rationalität“ in der Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

Getragen wird der KoA durch die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenkassen, die Kassen(zahn)ärztliche Bundesvereinigung, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Bundesärztekammer, also von Leistungszahlern ebenso wie Leistungserbringern. Kernaufgaben des KoA sind die Entwicklung und Umsetzung von Kriterien für eine auf wissenschaftlichen Nachweis basierte Gesundheitsversorgung sowie die Erarbeitung von Anforderungen an die Disease-Management-Programme für chronisch Kranke.

Neben seinen beschlussfassenden Kompetenzen hat der KoA als Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und der Leistungserbringer die Aufgabe, eine „neutrale“ Geschäftsführung sowie eine sachorientierte Entscheidungsunterstützung der zentralen Beschlussgremien (KoA, Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen, Aus-

schuss Krankenhaus) zu gewährleisten. Hierzu gehört auch die methodische Unterstützung der HTA-Aktivitäten im ambulanten Sektor wie neuerdings auch im Krankenhaussektor.

Bislang war die Evaluierung von medizinischen Leistungen ausschließlich auf den ambulanten Bereich beschränkt und fiel in den Zuständigkeitsbereich des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen. Mit dem „Ausschuss Krankenhaus“ wurde zeitgleich zum KoA ein Beschlussgremium eingerichtet, das die „HTA-Lücke“ im Krankenhausbereich nunmehr geschlossen hat.

Durch die Einrichtung des KoA und des Ausschusses Krankenhaus ist ein Mehrbedarf an evidenzbasierten Verfahrensbewertungen und HTAs entstanden, der durch die beim KoA eingerichtete sachverständige Stabsstelle, die themenbezogenen Experten-Arbeitsgruppen der Ausschüsse sowie durch externen Sachverstand bzw. externe Organisationen (z. B. DIMDI) gedeckt wird.

Die skizzierte Entwicklung verdeutlicht, dass HTA – nach der Konsolidierung im akademischen Bereich – auf dem besten Wege ist, sich auch sozialrechtlich als das zentrale Instrument von „coverage decisions“ in der deutschen GKV durchzusetzen.

HTA-Newsletter Editorial von Antonius Helou, Dr. med., MPH, sachverständige Stabsstelle (Medizin) der Arbeitsgemeinschaft Koordinierungsausschuss.

(Claudia Wild)

Wer wird Nachhaltigkeit gestalten?

Durch den Mangel an greifbaren Zielsetzungen und überprüfbaren Maßnahmen von politischer Seite entsteht ein Vakuum im Bereich nachhaltiger Entwicklung. In dieses stoßen nun Industrievertreter vor. Die Formulierung von Zielen und Umsetzungsmaßnahmen ausschließlich von Industrieseite erscheint jedoch nicht unproblematisch.

Das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) lud kürzlich zur internationalen Konferenz „EURO ENVIRONMENT 2002“ nach Aalborg, Dänemark. Thema war „Business and Sustainable Performance“. VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft präsentierten und diskutierten drei Tage lang Ideen und Lösungen zur nachhaltigen Entwicklung.

Der WBCSD ist eine Vereinigung von 160 internationalen Unternehmen aus mehr als 30 Ländern, die sich gemeinsam für nachhaltige Entwicklung einsetzen. Die Basis für dieses Engagement bilden Wirtschaftswachstum, ökologisches Gleichgewicht und gesellschaftliche Entwicklung.

Doch schon der Name der Konferenz zeigt die Schwierigkeiten mit dem Thema, weist er doch den Schwerpunkt eindeutig der Umwelt zu – also nur einem Teilbereich dessen, was im Allgemeinen unter Nachhaltigkeit verstanden wird. So war auch der größte Teil der Beiträge in den einzelnen Sitzungen ökologischen Themen und technischen Lösungen im Bereich Umweltschutz gewidmet. Soziale Faktoren wurden meist entweder ausgeklammert oder beschränkten sich auf die Betrachtung von Arbeitssicherheit oder Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen.

Nur Jean-Philippe Barde (OECD) und Pieter van der Gaag (ANPED) machten im Plenum, mit Bezug auf die Ergebnisse des UNO-Gipfels in Johannesburg (WSSD), doch auch Armut und Hunger in der sogenannten „Dritten Welt“ zum Thema.

Hier wurde auch Nachhaltigkeit über den vielstrapazierten Begriff der Ökoeffizienz hinaus diskutiert. So begann schließlich auch die soziale Dimension des Themas aus der Sicht der Unternehmer Gestalt anzunehmen.

Nachhaltigkeit aus Unternehmensicht

80 % der UnternehmensvertreterInnen in Johannesburg schätzten Nachhaltige Entwicklung als Chance für die Unternehmen ein (Björn Stigson, Präsident des WBCSD). Die Erschließung neuer Märkte in der „Dritten Welt“ wird dabei auch als Möglichkeit für die Ärmsten der Welt betrachtet, als neue KonsumentInnen aktiv an der nachhaltigen Entwicklung teilzunehmen (Egil Myklebust, Norsk Hydro).

Die Vorschläge und Ideen zur Umsetzung dieses Zieles nahmen keinerlei Bezug auf die sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Auch wurde eine Regulierung über politische Maßnahmen oder eine Definition von Zielen durch politische Gremien als nicht erforderlich betrachtet. Es herrschte vielmehr Einigkeit darüber, dass sowohl politische als auch soziale Probleme mit freiwilligen Maßnahmen wie z. B. Nachhaltigkeitsberichten, über den freien Markt regelbar sind.

Aus Sicht der NGO-Vertreter greifen diese Lösungen jedoch viel zu kurz. Nur individuelle Lösungen, die regional angepasst werden müssen und die jeweiligen politischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rahmenbedingungen berücksichtigen, können zu langfristigen Verbesserungen im Sinne von Nachhaltigkeit führen. Die Beachtung all dieser Faktoren setzt jedoch jedenfalls Zusammenarbeit mit politischen Gremien voraus.

Susanne Schidler hielt bei dieser Veranstaltung einen Vortrag mit dem Thema „Renewable Resources and Sustainable Development. A critical view based on the concept of Green Bio-refinery Austria“.

WBCSD:

<http://www.wbcsd.org/aboutus/index.htm>.

EURO ENVIRONMENT 2002:

<http://www.euro-environment.dk/>.

ANPED: <http://www.anped.org>.

OECD : <http://www.oecd.org/>.

(Susanne Schidler)

Transdisciplinarity-Net

Ein neues, umfassendes Netzwerk für transdisziplinäre Forschung wird das Schweizer SAGUFNET, bisher auf Umweltforschung beschränkt, Anfang 2003 ablösen.

Transdisziplinarität handelt vom Überschreiten von Grenzen in der Wissensproduktion. Disziplinäre Grenzen werden ebenso überschritten wie Grenzen zwischen wissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen. Es gibt verschiedene Typen transdisziplinärer Forschung mit unterschiedlichen Forschungszielen. Das Spektrum reicht von der Wissenssystematisierung bis zur zunehmend engeren Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Privatwirtschaft und zur adressatenorientierten Forschung.

Die Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie (SAGUF) hat Anfang 2000 ein Netzwerk für transdisziplinäre Forschung ins Leben gerufen. Es trat mit der Transdisciplinarity-Konferenz im Frühjahr 2000 an der ETH Zürich ein erstes Mal an die Öffentlichkeit (siehe ITA-Newsletter April 2000, S. 14). Ziel war die Vernetzung der Forschenden in diesem Bereich, sowohl in der Schweiz als auch im umliegenden Ausland. Zu diesem Zweck wurden in erster Linie Workshops veranstaltet und im Anschluss an die Konferenz eine online-Bibliographie aufgebaut.

Rasch hat sich gezeigt, dass Bedarf an Vernetzung zum Thema Transdisziplinarität über die Umweltforschung hinaus besteht. Nunmehr hat die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften (SANW) in Zusammenarbeit mit den drei weiteren wissenschaftlichen Aka-

demien in der Schweiz die Initiative für ein Transdisciplinarity-Net (TD-NET) ergriffen. Das TD-NET wird SAGUFNET Anfang 2003 ablösen. Die Geschäftsstelle wird an der SANW angesiedelt sein. TD-NET wird in erster Linie transdisziplinäre Projekte und Programme zu wichtigen Problemen vernetzen. Es ist geplant, das bereits bestehende Informationssystem auszubauen und die Kooperation zwischen Akteuren in der Wissenschaftspolitik und in der Forschung zu fördern sowie thematische Arbeitsgruppen zu unterstützen. TD-NET wird auch Materialien für die wissenschaftspolitische Diskussion erarbeiten und Preise vergeben. Obwohl primär auf die Schweiz ausgerichtet, versteht sich TD-NET auch als Knoten eines internationalen Netzwerks.

Transdisziplinarität hat viel mit Technikfolgenabschätzung zu tun, da auch TA über Disziplinengrenzen hinweg adressatenorientierte Forschung betreibt. Daher verwundert es nicht, dass viele der Themen, in denen TD-NET vernetzend tätig werden will, auch am ITA angesiedelt sind (Gentechnologie, nachhaltige Entwicklung, Technologiefolgen, Entwicklungen in der Medizin usw.). Wir werden TD-NET daher aufmerksam verfolgen. Da es kaum vergleichbare Netzwerke gibt, erwarten wir, dass es ähnlich seinem Vorgänger über die Schweizer Landesgrenzen hinaus Bedeutung haben wird.

Das Informationssystem SAGUFNET und das in Entstehung begriffene TD-NET können im Internet besucht werden:

<http://www.transdisciplinarity.ch>.

(Michael Nentwich)

EPTA-Jahrestagung: Mobilität und neue Technologien

Vom 21.-22.10.2002 fand in London die diesjährige Jahreskonferenz von EPTA statt. European Parliamentary Technology Assessment – EPTA ist der Zusammenschluss von mittlerweile 12 europäischen TA-Einrichtungen, die direkt den jeweiligen Parlamenten zuarbeiten.

Die heurige Tagung stand unter dem Generalthema „Verkehr und Mobilität“.

Die Jahrestagungen von EPTA sind immer eine wertvolle Gelegenheit, die Arbeit der unterschiedlichen EPTA-Mitgliedsorganisationen zu vergleichen, Erfahrungen auszutauschen und

vom akkumulierten Wissen zu profitieren. Zudem sind sie eine hervorragende Möglichkeit, Produzenten (WissenschaftlerInnen) und Adressaten (PolitikerInnen) von Technikfolgen-Abschätzung zusammenzubringen und die unterschiedlichen Sichtweisen zu diskutieren. Die diesjährige Tagung stand unter dem Generalthema „Verkehr und Mobilität“. Der Bogen der Beiträge spannte sich vom europäischen Satellitenprojekt Galileo über Projekte, die sich mit der Verwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Verkehrsbereich befassten, bis zu Fragen der partizipativen Gestaltung von Entscheidungsprozessen im urbanen Raum.

Die vorgestellten Projekte zu Galileo waren eine Studie von STOA (Scientific Technological Options Assessment – der TA-Einrichtung des Europäischen Parlaments) und eine Anhörung zum Thema im italienischen Parlament, die von VAST (Comitato per la Valutazione delle Scelte Scientifiche e Tecnologiche) veranstaltet wurde. In diesen Projekten stand die gesamteuropäische Dimension in ökonomischer, wie auch machtpolitischer Hinsicht im Vordergrund. Insbesondere die Verringerung der Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft vom amerikanischen GPS-System sowie die positiv eingeschätzten ökonomischen Verwertungschancen wurden hervorgehoben.

Eine ganz andere Ebene der Technikfolgen-Abschätzung im Verkehrsbereich bearbeiteten die beiden vorgestellten Projekte partizipativer TA. Das Norwegische Teknologirådet stellte die Ergebnisse eines Szenario Workshop zum Thema „Verkehrssicherheit“ vor. Ausgangspunkt dafür war die so genannte „Zero Vision“, ein Programm das in Norwegen und Schweden zur drastischen Verringerung von Autounfällen führen soll. Wesentlich dabei ist, dass nicht mehr der Fahrer allein im Mittelpunkt

des Interesses steht, sondern dessen Interaktion mit dem Auto und der Straße als Gesamtsystem. Insgesamt wurden vier Szenarien durch das Laienpanel beurteilt. Die Ergebnisse machen deutlich, dass neue Sicherheitstechnologien für den Straßenverkehr (wie etwa Steuerungs- und Leitsysteme) grundsätzlich positiv bewertet werden, die Aufgabe von Kontrolle über das eigene Tun jedoch problematisch gesehen wird. Ebenso problematisiert wurde die Tatsache, dass bessere Autos schlechtere FahrerInnen hervorbringen würden. Auch die steigende Verletzlichkeit durch gesteigerten Technikeinsatz wurde thematisiert. Nicht zuletzt wurde auch auf die Notwendigkeit der Neuorientierung der politisch-rechtlichen Organisation hingewiesen.

Das zweite Projekt versuchte anhand der wechselvollen Geschichte des Verkehrskonzepts für die Innenstadt von Gent darzustellen, wie sich die unterschiedlichen Formen plebiszitärer Demokratie und partizipativer TA ergänzen könnten.

Ein Projekt aus der Schweiz war dem Thema Verkehrstelematik gewidmet. Dabei wurde der Einfluss der Verkehrstelematik in den Bereichen Transport-Optimierung, Verkehrssicherheit und Verkehrswegenutzung dargestellt und deren Auswirkungen auf die drei Säulen der Nachhaltigkeit (Umwelt, Ökonomie und soziale Folgen) untersucht. Ebenfalls dem Thema Nachhaltigkeit und Verkehr war die Präsentation einer TAB-Studie (TAB – Büro für Technikfolgen-Abschätzungen im Deutschen Bundestag) zur nachhaltigen Energieversorgung für den Verkehrssektor gewidmet.

Die Präsentationen werden demnächst auf der Website von EPTA zum Download bereitstehen: <http://www.eptanetwork.org/>.

(Walter Peissl)

Neueste Publikationen des ITA

Referierte Artikel

- Jonas, S., Wild, C., Schamberger, C., 2003, „Screening“ in speziellen Situationen: Prädiktive humangenetische Diagnostik bei hereditärem Mamma- und Kolorektalkarzinom. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualitätssicherung, Schwerpunktthema Screening, zur Publikation angenommen.
- Jonas, S., Wild, C., Frank, W., Schmetterer, L., Sycha, T., 2002, Immunglobuline in der Transplantationsmedizin: Prävention und Therapie von Cytomegalievirus-Infektionen – ein Assessment. Transplantationsmedizin 2, 65–73.
- Torgersen, H., 2002, Austria and the European Mainstream. Parting Company, Science Communications 24, 2, 173–183.
- Torgersen, H., Hampel, J. et al., 2002, Promise, problems and proxies: twenty-five years of debate and regulation in Europe. In: Bauer, M., Gaskell, G. (eds.), Biotechnology. The Making of a global controversy, Cambridge University Press, 21–94.
- Wild, C., Gibis, B., 2002, Evaluations of health interventions in social insurance-based countries: Germany, the Netherlands, and Austria. Health Policy, in press.
- Wild, C., Narath, M., 2002, Evidenzbasierte Intensivbettenplanung: Eine Übersicht zu rezenten internationalen Planungen und Planungsansätzen. In: Intensivmedizin und Notfallmedizin, in Druck.
- Wild, C., 2002, Kritischer Medizinjournalismus. Sind Innovationsberichterstattung und evidenzbasierter Medizinjournalismus Gegensätze? Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualitätssicherung, 96, 336.

Artikel

- Aichholzer, G., 2002, Das ExpertInnen-Delphi: methodische Grundlagen und Anwendungsfeld Technology Foresight. In: A. Bogner, B. Littig, W. Menz (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen: Leske + Budrich, 133–153.
- Cas, J., 2002, UC – Ubiquitous Computing or Ubiquitous Control? In: Britzelmaier, B., Gerberl, S., Winmann, S. (Hg.): Der Mensch im Netz – Ubiquitous Computing, Stuttgart: Teubner, 39–52.
- Peissl, W., 2002, Technology Assessment in Austria – State of the Art and Research Activity of the ITA, In: Bammé A., Getzinger G., Wieser B., (Hg.), Yearbook 2002 of the Institute for Advanced Studies on Science, Technology and Society, München, Wien: Profil, 273–284.
- Tichy, G., 2002, Over-optimism Among Experts in Assessment and Foresight, ITA manu:script, ITA-02-05, Oktober.

Bücher/Herausgeberschaften

Frank, W., Wild, C., Huber, K., Konta, B., 2002, *Medizinische Effektivität von GP IIb/IIIa Rezeptorantagonisten in der Therapie des Akuten Koronarsyndrom*. HTA-Schriftenreihe, Band 2, November 2002.

Konferenzbeiträge/Vorträge

Aichholzer, G., 2002, *Vom „Digital Divide“ zur sozialen Inklusion als Herausforderung der Informationsgesellschaft*. Tagung „Perspektiven der Informationsgesellschaft – Technische und gesellschaftliche Entwicklungen“, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Neues Amtsggebäude, Wien, 5. November.

Aichholzer, G., 2002, *Moving a tanker: electronic service innovations in the public sector*. 12th International Conference of the European Network of Economic and Spatial Service Research (RESER), The University of Manchester, ESRC Centre for Research on Innovation and Competition (CRIC), Manchester, UK, September 26–27.

Cas, J., 2002, *UC – Ubiquitous Computing oder Ubiquitous Control?* Der Mensch im Netz – Ubiquitous Computing, 39–52, 4. Liechtensteinisches Wirtschaftsinformatik-Symposium an der FH Liechtenstein, Vaduz, 20.–21. Juni.

Cas, J., 2002, *Privacy in Ubiquitous Computing Environments?* 13th ITS European Regional Conference, Madrid, September 8–10, 2002.

Geissler, S., Schidler, S., Urujeoma, H., Urujeoma, R.V., 2002, *Re-Development of Urban and Rural Areas in Westafrica – A Critical View on Indicators for Assessment of Land-Use Options*. Sustainable Building, Oslo, 24. September.

Hampel, J., Grabner, P., Torgersen, H., Jelsoe, E., Sakellaris, G., 2002, *Public Mobilisation, Green Coalitions and the European Resistance Towards Biotechnology*. Conference on Agricultural Biotechnology, Kellogg Conference Center, October 31–November 3, 2002, East Lansing, MI, USA.

Jonas, S., Wild, C., 2002, *Hereditäre Krebserkrankungen: Prädiktive genetische Diagnostik bei Brust- und Dickdarmkrebs*. Vortrag, Expertengespräch Gesundheitswissenschaften, Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, Linz, 2. Oktober.

Jonas, S., Wild, C., 2002, *Predictive Genetic Testing for Hereditary Breast and Colorectal Cancer*. Lecture, Gender and Health, International Conference, Vienna, 16th of September.

Jonas, S., Wild, C., Schamberger, C., 2002, *Predictive Genetic Testing for Hereditary Breast and Colorectal Cancer*. Posterpräsentation, Jahrestagung der Deutschen und Österreichischen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie, München, 29. Oktober.

Nentwich, M., 2002, *Methods and research outcome in the age of cyberscience, contribution to AoIR 3.0 – Internet Research 3.0: Net/Work/Theory*, Panel on The Impact of ICTs on Research Practice, Maastricht, Oct. 13–15, http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/Nentwich_AoIR2002.pdf.

Peissl, W., 2002, *Privacy in Österreich: eine Bestandsaufnahme*. Vortrag auf der Tagung „Privacy – ein Grundrecht mit Ablaufdatum?“ 11. November, Wien, <http://www.oeaw.ac.at/ita/privconf/peissl.pdf>.

Schidler, S., Kromus, S., 2002, *Renewable Resources and Sustainable Development. A critical view based on the concept of Green Bio-refinery Austria*. EUROENVIRONMENT-Conference, Aalborg, Denmark, 22. Oktober.

- Sotoudeh, M., 2002, *Interdisciplinary co-operation for innovative environmental technologies – The important role of interdisciplinary co-operation of different relevant groups*. Preliminary Meeting of European Network for Applied Ethics, 15. November, Barcelona, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/MSBarcelona02.pdf>.
- Torgersen, H., 2002, *The Making and Fading of a controversy – The public debate on biotech over the last 10 years – and the years to come*. Workshop Implementation of Biosafety Frameworks, Agricultural Biotechnology Centre (ABC), October 20–26, Gödöllő, Ungarn.
- Torgersen, H., 2002, *The Lack of Acceptance – Some Myths Revisited*. Networks in Plant Biology. 1st European Plant Science Organisation Conference, 27.–31. Oktober, Brunnen, Schweiz.
- Wagner, W., Torgersen, H., 2002, *How to Catch Slime: Objectifying Ever-Changing Technologies through Political Regulation*. 6th International Conference on Social Representations, 27. August–1. September, Stirling, UK.
- Wild, C., 2002, *Health Technology Assessment: How, what for and, with which impact?* Workshop Health Technology Assessment in Croatian Health System, 27 November.
- Wild, C., 2002, *Erythropoietin in tumor anemia – for whom is effective?* Int. Journal of Cancer, supplement 13, 70.
- Winkler, R., 2002, *E-Democracy: (Wieder)Belebung der politischen Öffentlichkeit durch elektronische Partizipation (?)*. Vortrag auf TA'02, 27. Mai, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta02/Winkler.pdf>.
- Winkler, R., 2002, *Civic deliberation online: A case study on the political discourse on the „Guardian Elections 2001“ talkboard*. IAMCR Conference, Barcelona, July, http://www.komdat.sbg.ac.at/ectp/Barcelona/PDF/Winkler_pap.pdf.

Sonstiges

- Jonas, S., Wild, C., Schamberger, C., 2002, *Predictive Genetic Testing for Mamma and Colorectal Cancer*. Beilage (Gender and Health, International Conference, Vienna) zu Wien. Klin. Wochenschr. 114, Heft 17–18, 24.
- Jonas, S., Wild, C., 2002, *Hereditäre Krebserkrankungen: Prädiktive genetische Diagnostik bei Brust- und Dickdarmkrebs*. Public Health Newsletter 3, 1.
- Jonas, S., Frank, W., Schmetterer, L., Sycha, T., Wild, C., 2001, *Immunoglobuline in der Transplantationsmedizin, Prävention und therapie von Cytomegalievirus-Infektionen: Ein Assessment*. Acta Chir. Austriaca, Vol. 33, Supplement No 178.
- Peissl, W., 2002, TA'02: *Technikgestaltung im 21. Jahrhundert – Bericht über die zweite österreichische TA-Konferenz*, 27. Mai 2002, Wien. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis, Nr. 3/4, 11. Jahrgang, November, 175–176.
- Perleth, M., Wild, C., 2002, *Health Technology Assessment – eine Einführung*, http://www.ta-net-nrw.de/4_e-handbuch/3_anwendungsfelder/dateien/Einführung-HTA.pdf.
- Tichy, G. 2002, *Die besten Experten sind oft nicht die besten Ratgeber*. science.orf.at, online, 2. Oktober, <http://science.orf.at/science/torgersen/59189>.
- Wild, C., 2002, *Health Technology Assessment, HTA-Newsletter, Septembernummer*, <http://www.oeaw.ac.at/ita/hta/htaNL0702.pdf>.
- Wild, C., 2002, *Situation of HTA in the German speaking countries – Health Technology in Austria*. Proceedings of the 18th annual Meeting of the international Society of Technology Assessment in Health Care, Satellite Symposium, Berlin 2002, 7–9.

- Wild, C., 2002, *Die systematische Evaluation medizinischer Interventionen am Beispiel Erythropoietin Tumoranämie*,
http://www.ta-net-nrw.de/4_e-handbuch/3_anwendungsfelder/dateien/Wild-EPO.pdf.
- Wild, C., 2002, *HTA am Beispiel der Extrakorporalen Stoßwellentherapie*,
<http://www.ta-net-nrw.de/>.
- Wild, C., Jonas, S., Schamberger, Ch., 2002, *Studie: Prädiktive genetische Diagnostik hereditärer Krebserkrankungen*. In: Mitteilungen der Sanitätsverwaltung, 6–8.
- Wild, C., Narath, M., 2002, *Studie: Evidenzbasierte Intensivbettenplanung. Eine Übersicht zu rezenten internationalen Planungen und Planungsansätzen*. In: Mitteilungen der Sanitätsverwaltung, 9–12.

In der Reihe des ITA sind bisher erschienen

Handbuch Strategische Umweltprüfung – die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. Wien 1997.

ISBN 3-7001-2687-5, 160 Seiten, € 28,34;

2. Auflage 2000, 193 Seiten, € 57,41

Loseblatt-Ausgabe, die regelmäßig aktualisiert werden wird

1. Aktualisierungs-Lieferung, September 2001

Wohnen und Neue Medien – Technikfolgenabschätzung des Einsatzes neuer Medien im Tätigkeitsbereich gemeinnütziger Wohnbauträger Wien 1998.

ISBN 3-7001-2762-6, 106 Seiten, € 28,34

Technikfolgen-Abschätzung in Österreich – Entscheidungshilfe in einer komplexen Welt, Beispiele aus der Praxis. Wien 1997.

ISBN 3-7001-2621-2, 378 Seiten, € 50,14

Biotechnologie in der Öffentlichkeit – Von der Risikodiskussion zur Technikgestaltung. Wien 1997. ISBN 3-7001-2644-1, 72 Seiten, € 13,80

Die Bände sind über den Fachbuchhandel und den
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu beziehen.

Verlag der Österreichischen
Akademie der Wissenschaften

Postfach 471

Postgasse 7/4

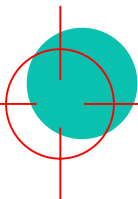
A-1010 Wien

Tel.: +43-1-515 81/1402 bis 1410

Fax: +43-1-515 81/1400

E-Mail: verlag@oeaw.ac.at

<http://verlag.oeaw.ac.at>



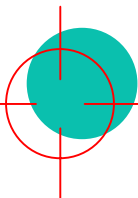
10. Dezember 2002, 17 Uhr

Mag. Markus Schmidt
Institut für Risikoforschung, Universität Wien

**„Von der Biodiversität zur Biodemokratie.
Der Umgang mit transgenen Nutzpflanzen in
Centres of Origin“**

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



22. Jänner 2003, 17 Uhr

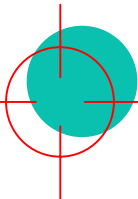
Dr. Johannes M. Bauer
Department of Telecommunication (TC),
Michigan State University, USA

**„Telekommunikationspolitik:
Steuerung eines komplexen Systems“**

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588





11. Februar 2003, 17 Uhr

Prof. Dr. Werner Schneider

Le Universität Augsburg,
Philosophisch-sozialwissenschaftliche Fakultät

**„Zur Methodik von Diskursanalyse am Beispiel
des Diskurses um Hirntod-Definition und
Organtransplantation“**

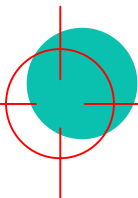
Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

Um Anmeldung wird gebeten: per email: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



11. März 2003, 17 Uhr

Mag. Petra Oswald

Österreichisches Ökologie-Institut für
angewandte Umweltforschung (ÖI), Wien

**„Ökologische Herausforderungen am
Übergang zur Informationsgesellschaft“**

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

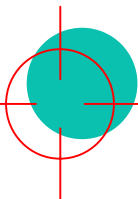
Um Anmeldung wird gebeten: per email: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



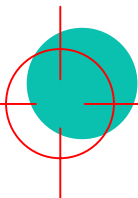


8. April 2003, 17 Uhr

Univ.-Doz. Dr. Josef Hochgerner
Zentrum für Soziale Innovation (ZSI)

„Sozialwissenschaften im Europäischen Forschungsraum“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



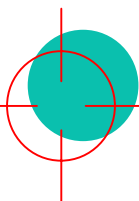
Mai 2003

Univ.-Prof. Dr. Gerd Schienstock
Research Institut of Social Sciences (RISS), Universität Tampere

„Finnland auf dem Weg zur Wissensgesellschaft“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588





26. Mai 2003

TA`03

Dritte österreichische TA-Konferenz

in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1010 Wien, Dr. Ignaz Seipel Platz 2

<http://www.oecaw.ac.at/ita/ta03/>



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



Die ITA News

werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im Allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/3. Stock
Tel. +43-1515 81/6582
Fax. +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at
<http://www.oeaw.ac.at/ita>

Leiter des Instituts:

Univ.-Prof. Dr. Gunther TICHYDW 6580 gtichy@oeaw.ac.at

Mitarbeiter:

Dr. Georg AICHHOLZERDW 6591 aich@oeaw.ac.at
Dipl.Soc. Alexander BOGNER.....DW 6595 abogner@oeaw.ac.at
Mag. Ing. Johann ČAS.....DW 6581 jcas@oeaw.ac.at
Dr. Susanna JONASDW 6586 sjonas@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Michael NENTWICHDW 6583 mnent@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Walter PEISSLDW 6584 wpeissl@oeaw.ac.at
Mag. Susanne SCHIDLER.....DW 6593 sschidl@oeaw.ac.at
Beate SCHLEIFER.....DW 6587 tamail@oeaw.ac.at
DI Dr. Mahshid SOTOUDEHDW 6590 msotoud@oeaw.ac.at
Dr. Helge TORGERSENDW 6588 torg@oeaw.ac.at
Annelies WALKENSTEINER.....DW 6582 walk@oeaw.ac.at
Dr. Claudia WILDDW 6589 cwild@oeaw.ac.at
Mag. Roman WINKLERDW6585 rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, subscribieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text: „subscribe itanews Ihre@email.adresse“.